

Vernehmlassungsantwort

Betrifft	Änderung des Gesetzes über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (Berg)
Verfasser	Grünliberale Partei Kanton Bern Thomas Brönnimann (Grossrat), 079 752 53 23, thomas.broennimann@bluewin.ch
Datum	15. April 2013

Sehr geehrter Herr Erziehungsdirektor
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Grünliberalen Kanton Bern danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf des teilrevidierten Gesetzes über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG) Stellung nehmen zu können.

1. Allgemeines

Die Grünliberalen bezweifeln, dass mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf die Berufsbildung gestärkt und die Qualität der Berufsausbildung verbessert werden wird. Die glp setzt sich zwar als liberale Partei prinzipiell für eine Stärkung des Wettbewerbs ein, dies in gewissem Masse durchaus auch im Bildungsbereich. Es ist aber illusorisch anzunehmen, dass ein verstärkter Wettbewerb automatisch zu einer gesteigerten Qualität der Angebote führen würde. Die Grünliberalen befürworten deshalb eine grundlegende Stärkung des Wettbewerbs bei Bildungsangeboten, sehen diese Stärkung aber im vorliegenden Entwurf mangelhaft und teilweise ungerecht umgesetzt.

Die Grünliberalen kritisieren ausserdem, dass der vorliegende Gesetzesentwurf die vielfältige und komplexe Thematik der höheren Berufsbildung zu stark vereinfacht und abstrahiert. So ist etwa die strikte Unterscheidung von privaten und öffentlichen Anbietern nicht haltbar, da es durchaus auch unter den privaten Anbietern Angebote gibt, die nicht gewinnorientiert ausgerichtet sind und Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton abgeschlossen haben. Die Vorlage versucht hier, diverse unterschiedliche Bildungsangebote gleichzuschalten, um sie besser miteinander vergleichen zu können; dies ist für die glp keine seriöse Herangehensweise. Weiter ist für die glp eine ganzheitliche Betrachtung in diesem Punkt zentral, was bedeutet, dass sowohl der Tertiär B-Bereich (höhere Berufsbildung) als auch der Tertiär A-Bereich (Hochschulbildung) vergleichbare Grundlagen aufweisen sollte.

Für die Grünliberalen wird aus dem vorliegenden Entwurf ausserdem nicht ersichtlich, welche Studiengänge „aufgrund des öffentlichen Interesses“ weiterhin stärker vom Kanton subventioniert werden sollen. Hier werden keine transparenten Kriterien genannt, so dass diese Regelung schwer nachzuvollziehen ist. Die glp ist etwa erstaunt darüber, dass Branchen, die in der Wirtschaftsstrategie des Kantons Bern als zentral angesehen werden, hier kein öffentliches Interesse zugesprochen wird.

2. Bemerkungen zu einzelnen Punkten

Wechsel auf Pauschalbeiträge für Studierende und Schulen

Die Grünliberalen begrüssen prinzipiell den Wechsel zur Pauschalfinanzierung an Anbieter der höheren Berufsbildung. Mit diesem Wechsel kann der Kanton Bern auch der interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an höhere Fachschulen beitreten, was von zentraler Bedeutung ist. Für die Studierenden wird ausserdem die Freizügigkeit der Schulwahl geschaffen, was ebenfalls zu begrüssen ist. Daneben betonen die Grünliberalen aber noch einmal, dass die diversen verschiedenen Angebote nicht einfach miteinander verglichen werden können, hier muss eine verfeinerte Unterscheidung der verschiedenen Bildungsgänge vorgenommen werden.

Wechsel bei der Finanzierung der Vorbereitungskurse auf Prüfungen

Der vorgeschlagene Wechsel von der aufwandorientierten Finanzierung hin zu einer Teilnehmerfinanzierung bei den Vorbereitungskursen auf die Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen überzeugt die glp grundsätzlich, da das jetzige System weder fair noch transparent ist.

Das vorgeschlagene Abrechnungssystem mit einer einheitlichen Pauschale für alle Kurse mag zwar den Verwaltungsaufwand minimieren, wäre aber gleichzeitig eine weitere Simplifizierung des vielfältigen Angebots. Die Grünliberalen werden bei der Ausarbeitung dieser Regelung auf Verordnungsstufe für ein abgestuftes Modell für die verschiedenen Angebote eintreten.

Gleichbehandlung von kantonalen und privaten Anbietern

Wie eingangs erwähnt, hält die glp die Unterscheidung der Bildungsangebote in Angebote von privaten oder kantonalen Anbietern für zu einfach, da es unter den privaten Anbietern eine Vielzahl von verschiedenen Institutionen gibt, die teilweise ähnlich wie die kantonalen Angebote nicht gewinnorientiert handeln. Hier wäre für die Grünliberalen eine Unterscheidung in „non-profit“-Organisationen und gewinnorientierte Organisationen angemessener.

Spezielle Förderung Angeboten des öffentlichen Interesses

Der Gesetzesentwurf der Regierung sieht vor, dass Angebote, die ein öffentliches Interesse bedienen, speziell gefördert werden; konkret werden Bildungsgänge in Sozial- und Gesundheitsberufen genannt. Diese Regelung mag in gewissen Fällen tatsächlich sinnvoll sein (wenn der Markt bei gewissen Bildungsgängen nicht für genügend ausgebildete Fachleute sorgt), für die glp fehlen aber klare und transparente Kriterien. Die genannte Auswahl erscheint in gewisser Masse willkürlich, hier wäre etwa eine stärkere Orientierung an der kantonalen Wirtschaftsstrategie sinnvoll.

Freizügigkeit für Studierende

Die mit der Gesetzesrevision einhergehende Schaffung der vollständigen Freizügigkeit für Studierende bei der Schulwahl ist für die Grünliberalen sinnvoll und richtig. Es muss jedoch bedacht werden, dass die Distanz zwischen Arbeits- und Ausbildungsort bei der berufsbegleitenden Weiterbildung zentral ist, was etwa bei Angeboten der Hochschulbildung eine deutlich kleinere Rolle spielt. Es muss hier also berücksichtigt werden, dass die Freizügigkeit in manchen geografischen Konstellationen von Arbeits-, Wohn- und Ausbildungsort nur theoretisch besteht.

Haushaltsneutrale Umsetzung

In Anbetracht der Finanzlage des Kantons ist eine haushaltsneutrale Umsetzung der Revision prinzipiell eine zwingende Prämisse. Die Grünliberalen befürworten diese, halten aber auch fest, dass allgemeine Sparübungen im Bildungsbereich nicht angebracht sind, da Bildungsausgaben stets auch Investitionscharakter haben. Gleichzeitig muss auch in der Bildung das bestehende Potential bei Effizienzsteigerungen ausgeschöpft werden – so sind etwa Zusammenlegungen von ähnlichen Angeboten durchaus zu prüfen.

3. Fazit

Auch wenn die Grünliberalen die grundlegende Stossrichtung der vorliegenden Gesetzesvorlage begrüsst, sind bei konkreten Punkten doch deutliche Korrekturen notwendig. Allgemein wurde in den Augen der glp die Komplexität und Vielfältigkeit des Angebots zu wenig gewürdigt, so dass es zu einer unangebrachten Gleichmacherei gekommen ist. Die Grünliberalen setzen sich vehement für eine starke Stellung der höheren Berufsausbildung ein und wollen eine Schwächung dieses Bereichs zugunsten der Hochschulbildung verhindern – diese Schwächung ist mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf leider zu befürchten.

Thomas Brönnimann, Grossrat